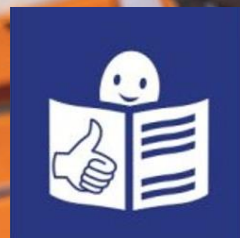


BERLIN



BERLIN INKLUSIV

Berliner Maßnahmenplan
2020 bis 2025

Zusammenfassung

in leichter Sprache



Hinweis zum Maßnahmen-Plan in Leichte Sprache

In diesem Text werden die wichtigsten Dinge über den Maßnahmen-Plan erklärt. Aber nur das Original-Dokument ist gültig.

Impressum oder wer hat den Text gemacht?

Herausgeber

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Oranienstr. 106

10969 Berlin

Tel. (030) 9028-0

www.berlin.de/sen/ias

pressestelle@senias.berlin.de

Ansprechpartner

Dr. Julia Würtz

Telefon: (030) 9028 2904

E-Mail: Julia.Wuertz@SenIAS.berlin.de

Übersetzung in Leichte Sprache

Marlene Seifert

Schriftgut Text und Konzeption

marleneseifert@schriftgut.info

Bilder

„Leichte Sprache die Bilder“, ©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V. Illustrator Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013; Inclusion Europe

November 2021 (Original Januar 2021)

Inhaltsverzeichnis

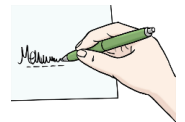
Gruß-Wort von der Berliner Landes-Beauftragten für Menschen mit Behinderungen	1
Einleitung	3
Handlungsfelder	14
Handlungs-Feld 1: Wissen und Lernen	15
Handlungs-Feld 2: Jugend und Familie	19
Handlungs-Feld 3: Arbeit und Beschäftigung	22
Handlungs-Feld 4: Wirtschaft	33
Handlungs-Feld 5: Mobilität und Verkehr	37
Handlungs-Feld: Sport und Freizeit	39
Handlungs-Feld 7: Mit-Bestimmung und Teilhabe	45
Handlungs-Feld 8: Kultur und Freizeit	50
Handlungs-Feld 9: Wohnen und Sozial-Raum	58
Handlungs-Feld 10: Rehabilitation und Teilhabe	63
Handlungs-Feld 11: Gesundheit, Pflege und Gleichstellung	74
Handlungs-Feld 12: Justiz, Verbraucher-Schutz und Schutz vor Ausgrenzung	83
Handlungs-Feld 13: Hochschulen	92

Gruß-Wort von der Berliner Landes-Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Liebe Leserin und lieber Leser,
der Berliner Maßnahmen-Plan ist ein Plan:
Damit in Berlin die Regeln aus dem UN-Vertrag beachtet werden.



Seit 2009 ist der UN-Vertrag in Deutschland gültig.
Damals hat Deutschland den UN-Vertrag unterschrieben.
Darin stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
Er heißt auch:
UN-Behinderten-Rechts-Konvention.



Im UN-Vertrag steht:
Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte.
Sie dürfen nicht ausgeschlossen werden.



Der UN-Vertrag ist auch in Berlin gültig.
Berlin soll inklusiv werden.

Das bedeutet:
Menschen mit Behinderungen sollen über-all teilhaben:
Wenn sie das wollen.



Alle sollen die Hilfen bekommen, die sie brauchen.

Es soll keine Barrieren mehr geben.

Dafür müssen Gesetze geändert werden.

Ämter und Behörden müssen viel ändern.

Im Maßnahmen-Plan steht:

Das muss dafür gemacht werden.

Diese Aufgaben sollen erfüllt werden.

Damit Berlin bis 2025 inklusiver wird.

Es ist wichtig:

Menschen mit Behinderungen machen mit.

Denn im UN-Vertrag steht:

Nichts über uns ohne uns.

Ämter und Politik sollen wissen:

Das sagen Menschen mit Behinderungen.

Das sagen Vertretungen von Menschen mit Behinderungen.

Auch ich arbeite daran mit.

Damit wir das schaffen.

Damit wir 2025 mehr Regeln aus dem UN-Vertrag beachten.

Christine Braunert-Rümenapf

Landes-Beauftragte für Menschen mit Behinderungen



Einleitung

Der Berliner Maßnahmen-Plan 2020 – 2025 ist ein Plan für Berlin.

Darin steht:

So soll von 2020 bis 2025 die Inklusion in Berlin besser werden.

Eine Maßnahme ist ein Plan oder ein Vorhaben.

Etwas soll gemacht werden.

Eine Aufgabe soll erfüllt werden.

Zum Beispiel für mehr Barriere-Freiheit.

Dieser Text ist ein Ausschnitt in Leichter Sprache.

Damit alle gut verstehen:

Das wird in Berlin für mehr Inklusion gemacht.

Es gibt den Berliner Maßnahmen-Plan auch in schwerer Sprache.

Der Text in schwerer Sprache ist sehr lang.

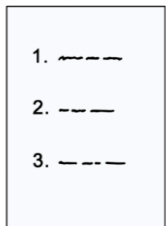
Sie finden ihn auf dieser Internet-Seite:

<https://www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/menschen-mit-behinderung/behindertenpolitik/berliner-massnahmenplan/>

Das soll mit dem Berliner Maßnahmen-Plan erreicht werden

Am 26. März 2009 hat Deutschland den UN-Vertrag unterschrieben.

In dem Vertrag stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.



Beim Schreiben von dem Berliner Maßnahmen-Plan wurde darauf geachtet:

Das steht im UN-Vertrag.

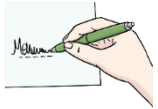
Diese Rechte muss das Land Berlin beachten.



Im UN-Vertrag geht es um Menschen mit Behinderungen.

Und es geht darum:

Das ist Behinderung.



Heute versteht man Behinderungen so:

Behinderungen entstehen vor allem durch Barrieren in der Gesellschaft.

Weil man wegen einer Behinderung etwas nicht machen kann.

Weil man nicht dabei sein kann.

Weil man wegen einer Behinderung ausgegrenzt wird.

Eine persönliche Behinderung ist keine Eigenschaft von einem Menschen.

Man hat eine körperliche Behinderung.

Oder eine Lern-Schwierigkeit.

Oder eine Krankheit, die nicht mehr weg-geht.

Deshalb braucht man Hilfen oder Assistenz.

Damit man selbst-bestimmt leben kann.



Im UN-Vertrag geht es darum:

Menschen mit Behinderungen sollen nicht ausgegrenzt leben.

Zum Beispiel in Einrichtungen zum:

- Wohnen.
- Arbeiten.
- Lernen.

Sie sollen dazu-gehören.

Sie sollen selbst-bestimmt leben.

Sie sollen selbst über ihr Leben entscheiden.

Viele Länder haben den UN-Vertrag unterschrieben.

Damit stimmen sie zu:

Sie setzen sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein.

Sie beachten alle Regeln aus dem UN-Vertrag.

Dafür machen sie Pläne und Vorschläge.

So wie den Berliner Maßnahmen-Plan.

Er hat 13 Themen-Bereiche.

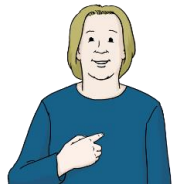
Sie heißen Handlungs-Felder.

Das sind 13 verschiedene Lebens-Bereiche.

Dort sollen die Regeln aus dem UN-Vertrag beachtet werden.

Es geht um politische Teilhabe.

Und es geht um Selbst-Bestimmung.



Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind wichtig.

Das sieht auch das Land Berlin so.

Deshalb hat die Berliner Regierung am 20. Januar 2020 den Berliner Maßnahmen-Plan beschlossen.



Was will Berlin erreichen

Es gibt für jedes Handlungs-Feld eigene Ziele.

Aber.

Es gibt auch Ziele, die in allen Themen-Bereichen wichtig sind.

Das sind:

Bewusstseins-Bildung

Das bedeutet:

Es verändert sich etwas in den Köpfen von den Menschen.

Die Gesellschaft nimmt Menschen mit Behinderungen ernst.

Die Gesellschaft merkt:

Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind wichtig.

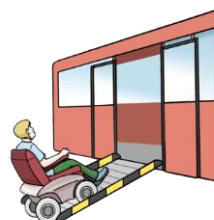
Mehr Menschen machen sich dafür stark.



Barrierefreiheit

Barriere-Freiheit ist sehr wichtig.

Damit ist gemeint:



Alle können Gebäude oder Bus und Bahn gleich gut benutzen.

Alle können einen Dienst oder eine Internet-Seite gleich gut benutzen.

Niemand hat Nachteile.

Barriere-Freiheit ist wichtig für Teilhabe.

Alle Menschen sollen alle Orte und Gebäude gleich gut benutzen können.

Alle Menschen sollen alle Infos gleich gut verstehen.

Dann können alle gleich gut dabei-sein und mit-machen.

Partizipation

Partizipation bedeutet Mit-Bestimmung.

Menschen mit Behinderungen sollen mit-reden und mit-entscheiden:

In politischen Fragen.

Wenn es um Entscheidungen von der Gesellschaft geht.

Menschen mit Behinderungen sind mit Selbst-Vertretungen dabei.

Oder sie werden durch Gruppen und Vereine vertreten:

Wenn sich diese Gruppen und Vereine für Menschen mit Behinderungen einsetzen.



Personen-Gruppen, die besonders verletzlich sind

Manche Menschen mit Behinderungen werden aus mehreren

Gründen ausgeschlossen:

Sie haben eine Behinderung.

Sie gehören zu einer bestimmten Personen-Gruppe.

Zum Beispiel:

- Sie sind Frauen oder Mädchen.
- Sie sind Kinder.
- Sie sind alt.
- Sie sind nicht aus Deutschland.
- Sie sind homosexuell.
- Sie fühlen sich nicht als Mann und nicht als Frau.



Diese Menschen muss man stark machen.

Sie brauchen Selbst-Vertrauen und Mut.

Damit sie selbst-bestimmt leben können.

Daten und Berichte

Für Verbesserungen im Leben von Menschen mit Behinderungen

muss man wissen:

- Das klappt noch nicht.

Frage-Bogen	
mmmmmm ?	
mmmm ▶ 😊 😞	
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmm ?	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
mmmmmmmm	

- Das muss besser werden.

Dafür muss man Infos und Daten sammeln.

Dann kann man bessere Pläne machen:

Für die Verbesserung von Inklusion.

Es gibt noch weitere Themen, die für das Land Berlin wichtig sind.

Dazu gehören:

Arbeits-Gruppen Menschen mit Behinderungen

In Berlin gibt es Arbeits-Gruppen für Menschen mit Behinderungen.

Die Abkürzung ist AG MmB.

Sie arbeiten in allen 12 Senats-Verwaltungen.

Das sind die Ministerien vom Land Berlin.



In diesen Arbeits-Gruppen sind ausgewählte Mitglieder:

- Vom Landes-Beirat für Menschen mit Behinderungen.
- Von Vertretungen aus der Verwaltung.
- Vom Landes-Beauftragten für Menschen mit Behinderungen
- Von einer Vertretung von der Bezirksbeauftragten für Menschen mit Behinderungen.

Diese Arbeits-Gruppen setzen sich für von Menschen mit

Behinderungen ein:

Wenn Politik für Menschen mit Behinderungen in Berlin gemacht wird.

Barriere-Freiheit in Gebäuden für alle Menschen

In Berlin werden alle Gebäude auf Barriere-Freiheit geprüft:

Wenn sie für alle Menschen offen sind.

Zum Beispiel:

- Amts-Gebäude.
- Büchereien.

Die rechtlichen Regeln dafür stehen in diesem Gesetz:

Landes-Gleichberechtigungs-Gesetz.



Im Moment sind viele von diesen Gebäuden noch nicht barriere-frei.

Als erstes wird deshalb ein Bericht geschrieben.

Dann weiß man genau:

Das muss gemacht werden.



Teilhabebericht Berlin

Für eine gute Behinderten-Politik braucht man viel Wissen.

Zum Beispiel:

Diese Themen sind wichtig für Menschen mit Behinderungen.

Für diese Probleme braucht man Lösungen.

Deshalb gibt es in Zukunft in Berlin einen Teilhabe-Bericht.

Darin steht:

So geht es Menschen mit Behinderungen in Berlin.

Dieser Teilhabe-Bericht wird alle 4 Jahre geschrieben.

Alle Abgeordneten von Berlin bekommen diesen Bericht.

Abgeordnete sind Politiker und Politikerinnen.

Sie bestimmen die Politik in Berlin.

Umsetzung und Überwachung vom Maßnahmen-Plan

Im Maßnahmen-Plan steht:

Das soll gemacht werden.

Damit Berlin inklusiver wird.

Diese Vorhaben und Aktionen machen die verantwortlichen

Abteilungen von der Berliner Regierung.

Außerdem wird geprüft:

Alle Vorhaben und Aktionen aus dem Maßnahmen-Plan werden

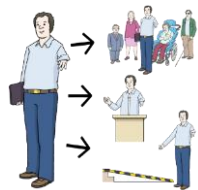
wirklich gemacht.

Diese Prüfung macht ein Büro.

Dort arbeiten Vertreter und Vertreterinnen:

- Von der Info-Stelle.

Dort können sich Berliner Bürger und Bürgerinnen melden:



Wenn sie bei Aufgaben aus dem Maßnahmen-Plan mitmachen.

Für bestimmte Themen in einzelnen Bereichen gibt es ein Planungs-Büro.

Es gehört zu der Abteilung von der Regierung, die für das Thema verantwortlich ist

- Vom Landes-Beirat für Menschen mit Behinderungen.
Er schickt Vertreter und Vertreterinnen in alle Arbeits-Gruppen in den 12 Senats-Verwaltungen.
Das sind die Ministerien vom Land Berlin.
Die Vertreter und Vertreterinnen prüfen:
Die Aufgaben aus dem Berliner Maßnahmen-Plan werden erfüllt.

Auch der oder die Landes-Beauftragte prüft:

Die Aufgaben aus dem Maßnahmen-Plan werden erfüllt.

Der oder die Landes-Beauftragte ist eine wichtige Verbindungs-Person zwischen:

- Ämtern und Behörden
- Gesellschaft.
- Vom Deutschen Institut für Menschen-Rechte.
Das ist ein unabhängiges Büro.
Das bedeutet:

Es gehört nicht zu einer Partei.

Oder zu einer Abteilung von der Regierung.

Dieses Büro prüft ebenfalls:

Werden die Aufgaben aus dem Maßnahmen-Plan erfüllt.



Berichte und Veränderungen im Berliner Maßnahmen-Plan

Der Berliner Maßnahmen-Plan ist gültig für die Zeit von 2020 bis 2025.

Wenn die Hälfte von dieser Zeit vorbei ist:

Dann wird ein Bericht geschrieben.

Darin steht:

- Diese Aufgaben wurden erfüllt.
- Das wurde gemacht.

An dem Maßnahmen-Plan wird immer weiter geschrieben.

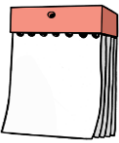
Er verändert sich.

Neue Aufgaben können dazu-kommen.

Alte Aufgaben können verändert werden.

Damit die Aufgaben aus dem Maßnahmen-Plan zu den Wünschen von Menschen mit Behinderungen passen.

Nach 2025 wird ein Abschluss-Bericht zum Maßnahmen-Plan geschrieben.



Darin steht:

Das wurde für mehr Inklusion in Berlin gemacht.

Das konnte nicht gemacht werden.

Handlungsfelder

Berliner Maßnahmen-Plan 2020 bis 2025

Das ist ein Plan für Berlin.

Darin steht:

Das will Berlin für mehr Inklusion machen.

Maßnahmen sind so etwas wie Aktionen.

Damit sich etwas in einem bestimmten Bereich verändert.

Zum Beispiel:

Man will die Barriere-Freiheit in Bahnhöfen und Haltestellen verbessern.

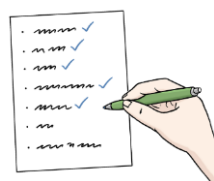
Damit alle Menschen Busse und Bahnen gleich gut benutzen können.

Dieser Plan hat 13 Themen-Bereiche.

Diese Themen-Bereiche heißen Handlungs-Felder.

Für jedes Handlungs-Feld wurde aufgeschrieben:

- Darum geht es.



- Das ist geplant.
- Das will die Berliner Regierung machen.

Manche Handlungs-Felder haben noch einzelne Themen.

Handlungs-Feld 1: Wissen und Lernen

Thema: Schule

Im UN-Vertrag steht:

Jeder Mensch hat das Recht auf gemeinsames Lernen.

Kinder mit und ohne Behinderungen sollen zusammen in die Schule gehen.

Die Berliner Schulen sollen inklusiv werden.

Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam lernen.

Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen sollen mehr Lust bekommen auf gemeinsames Lernen mit Schülern und Schülerinnen ohne Behinderungen.

Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen sollen die Möglichkeit für einen Schul-Abschluss haben.

Das will die Regierung von Berlin machen:



1. Im Schuljahr 2025 / 2026 sollen drei Viertel von Schülern und Schülerinnen mit Behinderungen zusammen mit Schülern und Schülerinnen lernen.

Das ist weit über die Hälfte.

2. Im Jahr 2023 soll es 36 Schulen mit dem Schwerpunkt Inklusion geben.

Diese Schulen sollen ein Vorbild sein für das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen.

3. Im Unterricht soll mehr mit dem Computer und mit dem Internet gearbeitet werden.

Die Technik soll beim Lernen helfen.

4. Die Beratung für die berufliche Planung wird verändert:
Damit sie besser zu den Wünschen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen passt.

5. Ein bestimmter Teil von Schülern und Schülerinnen mit Behinderung soll nach der Schule eine Ausbildung machen.

6. Bis zum Alter von 25 Jahren bekommen Menschen mit Behinderungen eine Beratung bei den Jugend-Berufs-Agenturen.

Dort bekommen Sie Infos zu Möglichkeiten im Berufs-Leben.



Thema: Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen bedeutet:

Man lernt sein ganzes Leben lang.

Auch wenn die Schule schon lange her ist.



Die Berliner Volkshochschulen sind Orte für lebenslanges Lernen.

Dort gibt es viele Lern-Angebote.

Sie sollen offen sein für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Dort soll es ein Büro für die Planung von den Lern-Angeboten geben.



Es soll mehr Lern-Materialien in einfacher Sprache geben:

Damit alle gleich gut lernen können.

Es soll Schulungen für Erwachsene geben.

Darin lernen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen:



- Diese Themen sind wichtig für Menschen mit Behinderungen.

- Das wünschen sich Menschen mit Behinderungen.

Kurs-Leiter und Kurs-Leiterinnen sollen inklusiv arbeiten.

Sie sollen mehr und besser mit Menschen mit Behinderungen arbeiten.

Lern-Angebote sollen besser zu Wünschen von Menschen mit Behinderungen passen.



Menschen mit Behinderungen sollen mit-reden:

Wenn neue Lern-Angebote geplant werden.

Das will die Regierung von Berlin machen:

1. Bis 2025 sollen inklusive Lern-Angebote selbstverständlich sein.

Man soll mehr lernen darüber:

- Das ist für Menschen mit Behinderungen wichtig.
- So kann sich die Gesellschaft öffnen für Menschen mit Behinderungen.



Schulungen für Erwachsene mit und ohne Behinderungen helfen bei der Inklusion:

- Weil man sich kennen-lernen kann.
- Weil man sich austauscht.
- Man merkt zum Beispiel:
- Das bedeutet Barriere-Freiheit.

Es gibt ein Büro in der Berliner Volkshochschule.

Dieses Büro ist zuständig für das Thema Inklusion.



Es gab schon viele Schulungen:

Damit Lehrer und Lehrerinnen mehr Lern-Angebote für Menschen

mit und ohne Behinderungen machen können.

Es wird mehr Lern-Angebote für Menschen mit und ohne Behinderungen geben.

2. Infos zu Lern-Angeboten für Erwachsene mit und ohne Behinderungen

Lern-Angebote für Menschen mit Behinderungen werden selbstverständlich.

Es gibt mehr Infos zu den Angeboten für Menschen mit Behinderungen und für ihre Angehörigen.

Es wird ein Programm-Heft geben:

Leichter Lernen.

Darin steht das inklusive Lern-Angebot an den Berliner Volkshochschulen.

Das sind Lern-Angebote für Menschen mit und ohne Behinderungen.



Handlungs-Feld 2: Jugend und Familie

Im UN-Vertrag steht:

Jeder Mensch gehört zur Gesellschaft.

Kinder mit Behinderungen sollen Hilfe bekommen.

In Berlin gibt es Hilfen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien. Diese Hilfen sollen besser werden.

Die Familien-Hilfe soll inklusiv sein:

Für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Es soll barriere-freie Infos zu den Hilfe-Angeboten geben.

Fach-Leute sollen daran denken:

Das brauchen Familien mit Angehörigen mit Behinderungen.

Familien mit Angehörigen mit Behinderungen sollen leichter an Erholungs-Angeboten teilnehmen können.



Das will die Berliner Regierung machen:

1. Zwischen 2020 und 2022 soll geprüft werden:

Diese Räume gibt es für die Jugend-Arbeit.

Danach wird geplant:

So werden diese Räume barriere-frei

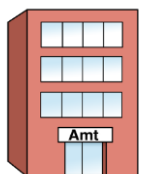
2. In der Zeit von 2022 bis 2025 wird Geld für den Umbau für die Barriere-Freiheit angemeldet.

Dann wird mit dem Umbau begonnen.

3. Bis 2020 gibt es in jedem Jugend-Amt einen Teilhabe-Fachdienst Jugend.

Dort arbeiten Fach-Leute für Inklusion und Barriere-Freiheit.

4. Bis 2021 soll geprüft werden:



- So arbeiten Jugend-Ämter und Teilhabe-Fachdienste zusammen.
- Diese gemeinsamen Themen gibt es.
- Das ist gut.
- Das muss besser werden.

5. Bis 2022 werden Änderungen gemacht:

Wenn etwas geändert werden muss.

6. Jedes Jahr sollen 8 Projekte gemacht werden.

Zum Beispiel zu diesen Themen:

Lern-Material, das für alle Kinder gleich gut ist.

Zusammen-Arbeit mit Familien mit Kindern mit Behinderung.

7. Alle Anbieter von Familien-Erholung informieren darüber:

So können Menschen mit Behinderungen teilnehmen.

Es gibt mehr Angebote für Menschen mit und ohne

Behinderungen.



Handlungs-Feld 3: Arbeit und Beschäftigung

Thema: Ausbildung und berufliche Schulungen

Menschen mit und ohne Behinderungen haben das gleiche Recht auf Ausbildung und Arbeit.



Menschen mit und ohne Behinderungen sollen gleich gute Möglichkeiten für eine Ausbildung haben.

Menschen mit Behinderungen sollen sich ihre Ausbildung und ihre Arbeit selbst aus-suchen.

Sie sollen auch gut in Ämtern arbeiten können.

Wenn sie Hilfe brauchen:

Dann sollen sie Hilfe bekommen.



Die Bildungs-Beratung vom Land Berlin ist offen für alle Menschen.

Dort werden Menschen mit und ohne Behinderungen gleich gut beraten.

Es gibt mehr Beratung vor Ort:

Für Menschen mit und ohne Behinderungen.



Die Teilhabe am Arbeits-Leben soll besser werden.

Dazu brauchen mehr Menschen eine gute Ausbildung.

Mit einem Praktikum kann man die Arbeits-Welt kennen-lernen.



Das bedeutet:

Man probiert für eine bestimmte Zeit eine Arbeit aus.

Dabei merkt man:

- Das kann ich gut.
- Das sind meine Stärken.



Das ist wichtig für die Suche nach einer passenden Arbeit.

Es gibt mehr Geld für Firmen:

Wenn sie Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen ausbilden.

Damit es mehr Menschen mit guter Ausbildung gibt.

Es soll geprüft werden:

Diese Probleme haben Frauen und Mädchen mit Behinderungen bei der Arbeits-Suche.

Deshalb bekommen sie keine Arbeit.



Mehr Firmen sollen Menschen mit Behinderungen Arbeit geben.

Es soll mehr Möglichkeiten für:

- Menschen mit Behinderungen, die eine Ausbildung beginnen.
- Für Menschen mit Behinderungen, die eine Arbeit suchen.

Menschen mit Behinderungen sollen mehr Möglichkeiten haben:

Wenn sie nicht bei einer Werkstatt arbeiten wollen.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Alle Büros von der Berliner Bildungs-Beratung informieren über

- Weiterbildung.
- Ausbildung.
- Studium.



Diese Beratung ist für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Sie kostet nichts.

Die Büros helfen auch:

- Wenn man eine Arbeit sucht.
- Wenn man nach einer langen Pause wieder arbeitet.
- Wenn man einen alten Beruf wieder anfängt.

Diese Büros sind auch offen:

Für Menschen, die nicht gut lesen und schreiben können.

Das sieht man an diesem Zeichen:

Dieses Zeichen heißt Alpha-Siegel.

Das spricht man so: Alfa-Siegel.



In einem Büro gibt es Beratung in Gebärden-Sprache.

Dieses Büro heißt kontinuum.

2. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von der Beratung lernen:
Das ist wichtig für Menschen mit Behinderungen.

Das brauchen sie:

In der Beratung zum Thema Lernen und Beruf.

3. Schüler und Schülerinnen aus den Klassen 7 bis 10 sollen an dem Berliner Programm zur Vorbereitung auf das Berufs-Leben teilnehmen.

Dafür wird das Programm barriere-frei gemacht.

Schüler und Schülerinnen aus Schulen für Menschen mit Behinderungen können an diesem Programm teilnehmen:

Berufs-Orientierung kompakt.

Mit diesem Programm können sie sich auf das Berufs-Leben vorbereiten.

4. Das Projekt Barrieren im Kopf - nein danke bietet Begleitung für Mädchen mit Behinderungen:

Wenn sie von der Schule in das Berufs-Leben wechseln.

In dem Projekt wird geprüft:

So bewerben sich Mädchen mit Behinderungen um eine Arbeit.

In diesen Firmen bewerben sich Mädchen mit Behinderungen.



Die Mädchen mit Behinderungen bekommen Hilfe.

Und es wird geprüft:

Das brauchen Firmen:

Damit sie Mädchen mit Behinderungen eine Arbeit geben.

5. Es gibt eine Inklusions-Beratungs-Stelle.

Das ist ein Büro in der Handwerks-Kammer von Berlin.

Dort gibt es Beratung für Firmen:

Wenn sie Menschen mit Behinderungen eine Arbeit geben wollen.

Wenn sie Menschen mit Behinderungen ausbilden wollen.

Hier gibt es auch Beratung für junge Menschen:

Wenn sie eine Ausbildung suchen.

Wenn sie eine Arbeit suchen.

6. Der Runde Tisch Inklusion ist eine Versammlung.

Dort wird regelmäßig darüber beraten:

So verbessert man die Teilhabe am Arbeits-Leben.

7. Es gibt das Budget für Arbeit.

Das ist Geld für Menschen mit Behinderungen:

Wenn sie nicht mehr in einer Werkstatt arbeiten wollen.

So eine Arbeit nennt man auch eine Stelle auf dem ersten Arbeits-Markt.

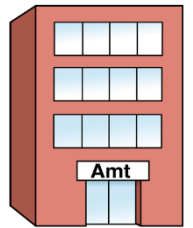


Thema: Ausbildung in Ämtern

Das Land Berlin soll mehr Menschen mit Behinderungen ausbilden.

Dazu soll es mehr Ausbildungs-Plätze für Menschen mit Behinderungen in Büros und Ämtern von Berlin geben.

Zum Beispiel im Steuer-Amt.



Menschen mit Behinderungen sollen Hilfen bekommen:

Wenn sie diese Hilfen in der Ausbildung brauchen.

Es soll mehr Infos über mögliche Ausbildungen in Ämtern und Büros vom Land Berlin geben.

Das will die Berliner Regierung machen: In den Ausbildungs-Orten wird die Barriere-Freiheit verbessert.



Dafür wird es mehr Geld geben.

Zum Beispiel für:

- Bessere Computer und Computer-Programme:
- Damit Menschen mit Behinderungen besser arbeiten können.
- Passende Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderungen.
- Schulungen für Ausbilder und Ausbilderinnen.
- Infos für Menschen mit Behinderungen.
- Damit sie wissen:
- Dort kann ich eine Ausbildung machen.

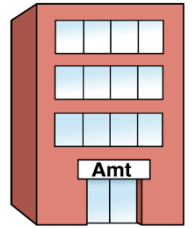


Thema: Arbeit in Ämtern

Bis 2025 werden Daten darüber gesammelt:

So viele Menschen mit Behinderungen arbeiten beim Land Berlin.

So viele davon haben vorher nicht in einem Berliner Amt gearbeitet.



Es sollen mehr Menschen mit Behinderungen beim Land Berlin arbeiten.

Deshalb werden die Regeln für Teilhabe am Arbeits-Leben geändert.

Damit Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte haben.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Es wird geprüft:

Jedes Jahr soll gefragt werden:

So viele Menschen mit Behinderung arbeiten beim Land Berlin.

2. Die Berliner Regierung will mehr Daten zu Menschen mit Behinderungen.

3. Menschen mit Behinderungen sollen gut arbeiten können.

Manche von ihnen müssen eine Steuer-Erklärung machen.

Manche von ihnen machen freiwillig eine Steuer-Erklärung:

Sie können vom Staat Geld zurück-bekommen.

A diagram of a survey form titled 'Frage-Bogen'. It contains several lines of wavy lines representing text, followed by a row with a smiley face, a neutral face, and a sad face. Below that are several rows of a question mark followed by three empty checkboxes. At the bottom, there are more wavy lines representing text.

Steuer-Briefe sollen barriere-frei sein:

Damit Menschen mit Behinderungen diese Briefe verstehen.

Sie müssen zum Beispiel in Blinden-Schrift sein.

Das kann man beantragen.

Seit dem 1. Oktober 2020 können Menschen mit Seh-Behinderung eine Kopie von ihrem Brief zur Einkommens-Steuer anfordern.

Diese Kopie ist barriere-frei.

Man bekommt es bei dem Programm Mein ELSTER.

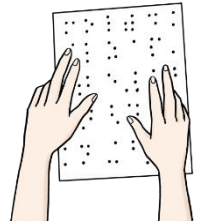
Außerdem kann man für Steuer-Fragen einen Dolmetscher für Gebärden-Sprache bekommen.

4. Es gibt viele Texte in einfacher Sprache.

Zum Beispiel:

- Papiere.
- Anleitungen.
- Muster-Briefe.
- Vorbereitete Text-Teile.
- Schreiben.

5. In Berliner Ämtern ist das Dolmetschen in Gebärden-Sprache weiter möglich.



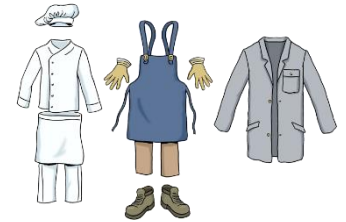
Thema: Arbeit außerhalb von Werkstätten

Immer mehr Menschen mit Behinderungen sollen die Möglichkeit für eine Arbeit auf dem 1. Arbeits-Markt haben.

Das bedeutet:

Diese Arbeit hat nichts mit einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen zu tun.

Diese Möglichkeit soll es auch für Menschen mit schweren Behinderungen geben.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Inklusions-Betriebe sollen mehr Geld bekommen.

Inklusions-Betriebe sind Firmen.

Dort arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen.

Diese Firmen sollen mehr Geld bekommen.

Dieses Geld ist ein Teil von dem Straf-Geld von anderen Firmen.

Das Straf-Geld müssen andere Firmen bezahlen:

Wenn sie Menschen mit Behinderungen keine Arbeit geben.

2. Das Integrations-Amt soll mehr Hilfen und Geld geben:

Damit Menschen mit Behinderungen besser am Arbeits-Leben teilhaben können.



Zum Beispiel:

Sie sollen leichter eine Arbeits-Assistenz bekommen.

3. Es wird ein Arbeits-Markt-Programm geben.

Dieses Programm soll helfen:

Es gibt mehr Geld für Arbeits-Plätze für Menschen mit einer schweren Behinderung.

Es gibt mehr Geld und Hilfe:

Wenn Menschen mit Behinderungen bei der Arbeit Hilfe von anderen Personen brauchen.

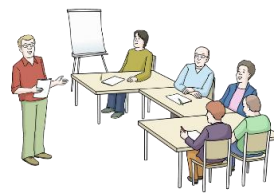
4. Es gibt mehr und bessere Infos für Menschen mit Behinderungen.

Das Integrations-Amt macht Beratung vor Ort.

Das bedeutet:

Berater und Beraterinnen kommen zu den Menschen mit Behinderungen.

5. Es gibt mehr Schulungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vom Amt.



Thema: Budget für Arbeit

Mehr Menschen sollen das Budget für Arbeit benutzen.

Das ist Geld vom Staat.

Damit Menschen mit Behinderungen technische Hilfen oder
Assistenz bezahlen können:

Damit sie außerhalb von einer Werkstatt arbeiten können:

In Berlin sollen jedes Jahr mehr Menschen mit Behinderungen mit
dem Geld für Arbeit außerhalb von einer Werkstatt arbeiten.

Es sollen jedes Jahr 5 Personen mehr sein.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Es soll regelmäßig Infos zum Budget für Arbeit geben.

Darin steht:

- Dafür ist das Geld.
- Das kann man damit machen.
- Das ist neu.

Ein Projekt soll Menschen mit Behinderungen helfen:

Damit sie das Geld für Arbeit besser benutzen können.

Dieses Projekt hat den schweren Namen:

Beschäftigungs-Impulse für Menschen mit Behinderungen durch
Nutzung des Budgets für Arbeit.



Die Abkürzung ist BfA.

Das BfA will 2 Seiten zusammen-bringen:

Menschen, die das Geld für Arbeit bekommen.

Arbeit-Geber.

Außerdem gibt es mehr Infos für Firmen über das Geld für Arbeit:

Damit mehr Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderungen entstehen.

Handlungs-Feld 4: Wirtschaft

Firmen mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit Behinderungen

1. Berliner Wasser-Betriebe

Die Berliner Wasser-Betriebe wollen Menschen mit Behinderungen Arbeit geben.

Die Firma will mehr Barriere-Freiheit:

- Für Kunden und Kundinnen.
- Auf der Internet-Seite.
- An ihren Trink-Brunnen.

Außerdem soll es mehr Trink-Brunnen in Berlin geben.



2. Berliner Stadt-Reinigung

Bei der Berliner Stadt-Reinigung arbeiten

Menschen mit und ohne Behinderungen.

Sie lernen sich bei Veranstaltungen besser kennen.



Die Firma achtet darauf:

Computer-Programme sind barriere-frei:

Damit Menschen mit Behinderungen gut damit arbeiten können.

Die Firma hat ein Gesundheits-Programm für das Handy.

Damit alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fit bleiben.

Es gibt verschiedene Hilfen bei der Arbeit.

Zum Beispiel:

Es soll mehr kleine elektrische Müll-Autos geben.

Damit kommt man besser zu den Müll-Tonnen.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen müssen die schweren.

Müll-Tonnen nicht so weit bewegen.

Es soll elektrische Zieh-Hilfen geben.

Dann werden Müll-Tonnen von einem Motor gezogen.

Man muss nur noch mit-laufen und lenken.

Die Arbeit wird leichter.



Thema: Tourismus

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf freien Zugang.

Das bedeutet:

Man kann alle Orte gut erreichen und benutzen.

Man kann alle Infos gut verstehen.

Man kann alle Angebote für Sport, Freizeit und Erholung gut benutzen.



In Berlin soll es mehr barriere-freie Angebote für Touristen geben.

Berlin soll bekannt werden als barriere-freies Reise-Ziel.

Es gibt Infos zur Barriere-Freiheit in Berlin.

Zum Beispiel Angebote von barriere-freien Stadt-Rundgängen.

Oder zur Barriere-Freiheit:

- In Läden.
- In Gaststätten.
- Im Museum.

Diese Infos können alle verstehen.

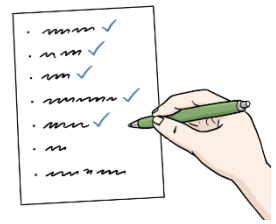
5 Angebote für Touristen werden auf Barriere-Freiheit geprüft.

Sie bekommen ein Zeichen.

Daran kann man erkennen:

Dieses Angebot ist barriere-frei.

Alle Menschen können es gleich gut benutzen.



Es soll regelmäßig Gesprächs-Runden geben.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen tauschen sich darüber aus:

So kann die Barriere-Freiheit in Berlin weiter verbessert werden.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Es soll mehr Reise-Angebote für alle geben.

2. Es soll mehr barriere-freie Stadt-Wege geben:

Damit alle gut und ohne Hindernisse zu Sehenswürdigkeiten kommen.

3. Es soll ein Handy-Programm zur Barriere-Freiheit in Berlin geben.

Mit dem Programm sieht man:

Diese Orte sind barriere-frei.

4. Es wird mit verschiedenen Firmen zusammen-gearbeitet:

Damit Berlin ein barriere-freies Reise-Ziel wird.



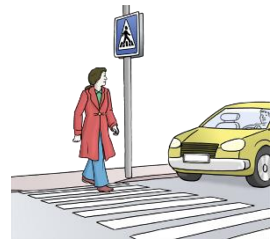
Handlungs-Feld 5: Mobilität und Verkehr

Mobilität ist so etwas wie Bewegung.

Damit sind Möglichkeiten für das Bewegen in der Stadt gemeint.

Zum Beispiel:

- Zu Fuß.
- Mit Bus und Bahn.
- Mit dem Fahrrad.

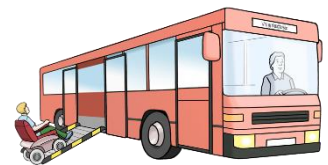


Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Bewegung ohne Barrieren.

Sie sollen Busse und Bahnen gut benutzen können.

Sie sollen Bahnhöfe gut benutzen können.

Sie sollen Fuß-Wege, Straßen und Plätze gut benutzen können.



Berlin soll sicherer und klima-freundlicher werden.

Man soll sich besser in der Stadt bewegen können.

Deshalb wurde 2018 ein neues Gesetz für Berlin beschlossen:



Mobilitäts-Gesetz.

Darin steht:

- Das wird für Fuß-Wege gemacht.

- Das wird für den Rad-Verkehr gemacht.
- Diese klima-freundlichen Fahrzeuge soll es in Zukunft in Berlin geben.
- So können sich alle Menschen gut und sicher in Berlin bewegen.
- So kann man sich ohne Auto und barriere-frei in Berlin bewegen.

Auch wenn man am Stadt-Rand wohnt.

Auch wenn man aus der Umgebung in die Stadt muss.

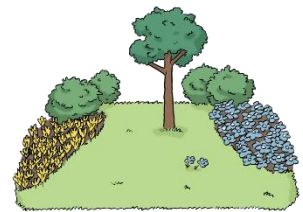
Es sollen mehr Busse und Bahnen fahren.

Bahnhöfe sollen barriere-frei sein.

Plätze, Parks und Orte für alle Menschen sollen barriere-frei sein.

Zum Beispiel:

Der Park Schöneberger Süd-Gelände



Das will die Berliner Regierung machen:

1. Die Berliner U-Bahnhöfe sollen weiter barriere-frei werden.
 Sie sollen Eingänge ohne Stufen bekommen.
 Es soll Wege für blinde Menschen und Menschen mit Seh-Behinderung geben.
2. Es soll mehr Rampen und Hub-Lifte in Bahnen geben.
 Damit man gut in eine Bahn einsteigen kann.



Die Halte-Stellen in der Umgebung von Berlin sollen barriere-frei werden.

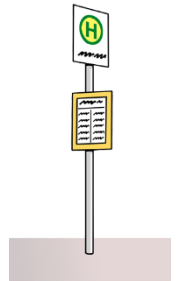
Das wird noch einige Jahre dauern.

3. Bis zum 1. Januar 2022 sollen alle Bus-Haltestellen in Berlin barriere-frei sein.
4. Bis 2022 sollen alle Häuser und Haltestellen vom Zentralen Bus-Bahnhof barriere-frei sein.
5. Jedes Jahr werden in jedem Berliner Stadt-Bezirk etwa 140 Bordsteine abgesenkt.

Damit man Straßen leichter überqueren kann.

6. Es wird Geld für Barriere-Freiheit eingeplant:

- Beim Bauen von neuen Gebäuden.
- Bei Arbeiten in Parks und Gärten.
- Bei Arbeiten an Plätzen und Orten für alle Menschen.



Handlungs-Feld: Sport und Freizeit

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderungen sollen gestärkt werden.

Sie sollen vor Ausgrenzung geschützt werden.

Sie sollen überall dazu-gehören.

Sie sollen frei und ohne Barrieren überall-hinkommen.

Sie sollen alle Angebote so gut benutzen können wie alle



Menschen.

Auch in den Bereichen:

- Freizeit.
- Sport.
- Erholung.
- Kunst.

Thema: Special Olympics

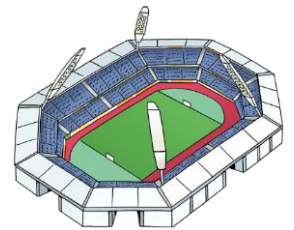
Berlin soll ein Vorbild für eine inklusive Gesellschaft sein.

Dabei helfen die Welt-Sommer-Spiele der Special Olympics.

Special Olympics spricht man so: Speschal Olümpiks.

Das ist Olympiade für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Sie ist alle 4 Jahre in einer anderen Stadt und in einem anderen Land.



Im Sommer 2023 sind die Special Olympics in Berlin.

Diese Sport-Veranstaltung wird helfen:

- Menschen mit Behinderungen werden sichtbar.
- Menschen mit und ohne Behinderungen begegnen sich und lernen sich kennen.
- Menschen mit Behinderungen können auch nach den Special Olympics mehr Sport machen.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Die Special Olympics in Berlin sollen ein Erfolg werden.

Sie sollen zeigen:

Das können Menschen mit Behinderungen.

2. Die Special Olympics sollen Vorurteile ab-bauen.

Vorurteil bedeutet:

Man sagt etwas Schlechtes über Menschen, die man nicht kennt.

3. Bei den Special Olympics gibt es ein Programm.

Dabei treffen sich Menschen aus verschiedenen Bereichen.

Zum Beispiel:

- Sport.
- Kunst.
- Gesundheit.
- Verkehr.

Sie sprechen darüber:

So sind Menschen mit Behinderungen in allen Lebens-Bereichen vertreten.

4. Es soll mehr inklusive Angebote in Berlin geben.

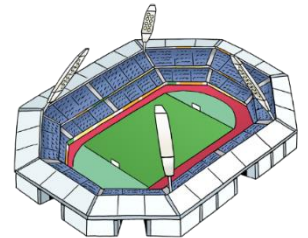


Thema: Orte für Sport

Sport-Orte sollen offen sein für Menschen mit Behinderungen.

Das sind zum Beispiel:

- Sport-Stadium.
- Sport-Plätze.
- Turn-Hallen.

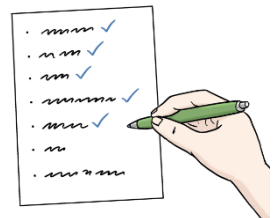


Dabei geht es um Sport-Anlagen, die Berlin gehören.

Und es geht um Sport-Anlagen, die den Stadt-Teilen gehören.

Nach der Corona-Zeit muss geprüft werden:

- So viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können helfen:
Damit mehr Menschen mit Behinderungen Sport machen können.
- So viel Geld gibt es für Sport-Angebote für Menschen mit Behinderungen.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Es werden Infos gesammelt über den Zustand von den Berliner Sport-Anlagen.
2. Es soll mehr barriere-freie Angebote für Sport und Erholung geben.

3. Beim Umbau oder Neubau von Häusern in Sport-Anlagen wird die Barriere-Freiheit beachtet.
4. Ab 2022 soll es an 2 Orten in jedem Stadt-Teil barriere-freie Sport-Anlagen geben.

Thema: Training für Olympia und für die Paralympics

Es gibt verschiedene Sport-Anlagen für Leistungs-Sportler und Leistungs-Sportlerinnen.

Leistungs-Sport bedeutet:

Für diese Menschen ist der Sport ihr Beruf.

Sie trainieren:

- Damit sie bei Olympia mit-machen können.
- Damit sie bei den Paralympics mit-machen können.

Das ist die Olympiade für Menschen mit einer körperlichen Behinderung.

Es soll mehr Angebote Menschen mit Behinderungen geben:

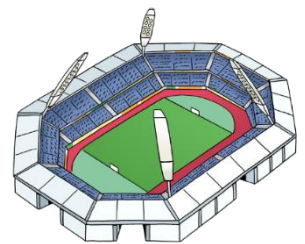
Wenn sie Leistungs-Sport machen wollen.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

An den Berliner Schulen soll es die paralympischen Tage geben.

Das ist eine Sport-Veranstaltung für Schüler und Schülerinnen.

Dabei werden verschiedene Sport-Arten aus dem Behinderten-



Sport vorgestellt.

Schüler und Schülerinnen können mit-machen.

So lernen sie:

Diesen Sport können Menschen mit Behinderungen machen.

Sie lernen dabei auch mehr über Menschen mit Behinderungen.

Thema: Teilhabe im Sport

Es soll mehr inklusive Sport-Angebote und Bewegungs-Angebote geben.

Menschen mit und ohne Behinderungen sollen gemeinsam Sport machen.

Vereine mit inklusiven Sport-Angeboten werden gefördert.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Der Berliner Sport-Bund fördert weiter inklusive Vereine.
2. Es gibt ein Programm für mehr Teilhabe im Sport. Dieses Programm wird erweitert.
3. Es gibt Schulungen und Kurse für inklusiven Sport.

Menschen mit Behinderungen sind daran beteiligt.

Sie erklären:

Das ist wichtig bei Sport-Angeboten für Menschen mit Behinderungen.



Sie wissen das am besten:

Denn sie sind Experten und Expertinnen in eigener Sache.

Handlungs-Feld 7: Mit-Bestimmung und Teilhabe

Thema: Wahlen

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf politische Mit-Bestimmung.

Sie dürfen ihre Meinung sagen.

Sie haben das Recht auf Infos über Politik.

Sie dürfen wählen.

Wenn es einen Volks-Entscheid gibt:

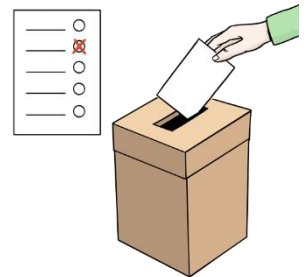
Dann kann man dazu Infos in einfacher Sprache bekommen.

Darin steht:

- Darum kann man für eine Entscheidung sein.
- Darum kann man gegen eine Entscheidung sein.
- So stimmt man ab.

Man muss an ein Büro schreiben:

Wenn man diese Infos bekommen möchte.



Das Info-Heft wird außerdem an einige Interessen-Gruppen verteilt.

Bei einer Volks-Entscheidung bestimmen Bürger und Bürgerinnen darüber:

Etwas wird gemacht.

Etwas wird nicht gemacht.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

Das Abstimmungs-Gesetz wurde am 12. Oktober 2020 geändert.

Darin steht nun:

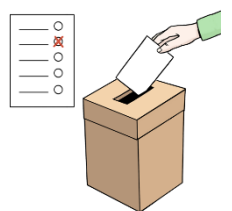
Es muss im Internet eine Erklärung in einfacher Sprache geben:

- Darum geht es.
- So stimmt man ab.

Es muss dazu auch ein Info-Heft in einfacher Sprache geben.

Dieses Info-Heft gab es das 1. Mal für die Volks-Entscheidung zum Thema Wohnen.

Diese Abstimmung war zur gleichen Zeit wie die Bundestags-Wahl.



Thema: Zugang zu Infos

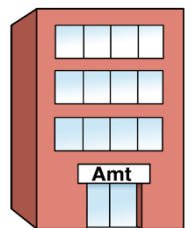
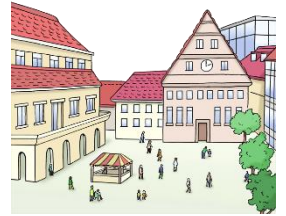
Infos von öffentlichen Büros und Ämtern müssen barriere-frei sein.

Alle müssen diese Infos verstehen.

Damit die Infos allen helfen.

Zum Beispiel:

- Ministerium.
- Amt.
- Rathaus.
- Büro von einer Stadt.

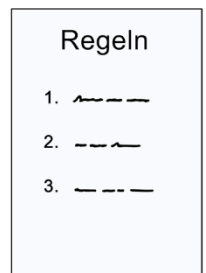


Die Internet-Seiten von diesen Büros müssen barriere-frei sein.

In Berlin gibt es Regeln für die Barriere-Freiheit von Internet-Seiten.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Berlin müssen lernen:

So macht man Internet-Seiten und Texte barriere-frei.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Berlin hilft der Landes-Redaktion.

Das ist ein Büro von der Stadt Berlin.

Dort werden die Internet-Seiten für Berlin gemacht.

In diesem Büro gibt es jetzt eine Person:

Diese Person kennt sich gut mit den Regeln für Barriere-



Freiheit aus.

Diese Person prüft diese Sachen auf Barriere-Freiheit:

- Internet-Seite.
- Dokumente.
- Programme für Handys.
- Andere Programme.

2. Berlin arbeitet mit der Haupt-Schwerbehinderten-Vertretung zusammen:

Damit alles barriere-frei wird.

Viele andere Personen in Ämtern und Büros von der Stadt arbeiten auch mit.

Einige Regeln für Barriere-Freiheit sind schon fertig.

Alle Menschen können sie lesen.

Einige Regeln müssen noch aufgeschrieben werden.

3. Es soll Schulungen zur Barriere-Freiheit für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Ämtern und Büros von der Stadt geben.



Thema: Notruf und Warnungen

Menschen mit Behinderungen brauchen einen barriere-freien

Zugang zu Not-Ruf-Diensten:



Damit sie geschützt und sicher sind.

Deshalb gibt es seit 2019 in ganz Deutschland die Not-Ruf-App.

Das ist ein Not-Ruf für das Handy.

Damit kann man in ganz Deutschland Hilfe holen von:

- Polizei.
- Feuerwehr.
- Rettungs-Dienst.

Man muss dabei nicht sprechen.

Alle Menschen sollen gleich gut gewarnt werden:

Zum Beispiel:

- Vor Unwetter.
- Vor großer Hitze.

Es soll verschiedene Möglichkeiten zur Warnung geben.

Zum Beispiel:

- Im Internet.
- Im Radio.
- Im Fernsehen.

Alle Menschen sollen die Warnungen gleich gut verstehen.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Berlin arbeitet daran mit:

Es gibt in ganz Deutschland Warn-Meldungen.

Diese Meldungen sind überall gleich.

2. Berlin arbeitet daran mit:

Die Warn-Meldungen können auch Menschen mit

Behinderungen gut verstehen.



Handlungs-Feld 8: Kultur und Freizeit

Thema: Barriere-Freiheit und Inklusion im Bereich Kultur

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderungen sollen teilhaben an Kunst und Kultur.

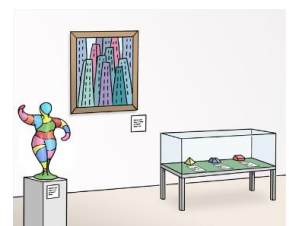
Sie sollen Möglichkeiten bekommen:

Damit sie selbst Kunst machen können.

Ihre künstlerische Arbeit ist ein Gewinn für die ganze Gesellschaft.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf den Zugang zu:

- Büchereien.
- Museen.
- Theater.



- Denkmäler.

In Berlin gab es schon viele Schulungen zur Barriere-Freiheit.

Dabei ging es auch darum:

Barriere-Freiheit ist mehr als der Zugang zu einem Gebäude.

Es bedeutet auch:

Man muss Menschen mit Behinderungen verstehen:

Damit die Hilfen für die Menschen passen.

Es sollen mehr Infos darüber gesammelt werden:

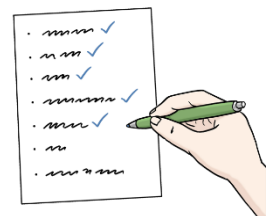
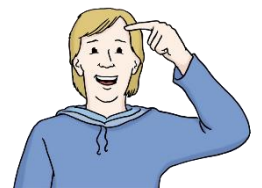
Diese Kultur-Einrichtungen nutzen Menschen mit Behinderungen.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Das Dienst-Gebäude von der Kultur-Verwaltung wird bis 2023 auf Barriere-Freiheit geprüft.
2. Die Barriere-Freiheit von der Internet-Seite von der Kultur-Verwaltung wird bis 2021 verbessert.
3. Ein Büro macht jedes Jahr Schulungen für Künstler und Künstlerinnen mit Behinderungen.

Sie lernen:

- So entscheide ich für mich selbst.
- Deshalb bin ich stark.
- Das kann ich schaffen.



Das Büro arbeitet zusammen mit Selbst-Vertretungen.

4. Das Büro hilft anderen Kultur-Einrichtungen in Berlin:

Wenn in Kunst und Kultur Menschen mit und ohne
Behinderungen zusammen-arbeiten.

5. Die Daten-Sammlung wird geprüft.

Es wird überlegt:

So sammelt man Infos zu Menschen mit Behinderungen:

Wenn sie in Kultur-Einrichtungen sind.

Thema: Denkmal-Schutz

Menschen mit Behinderungen sollen Zugang haben zu:

- Denkmälern.
- Erinnerungs-Orten.

Das Berliner Amt für Denkmal-Schutz setzt sich für Barriere-Freiheit
in Gebäuden und an Plätzen zum Erinnern und Gedenken ein.

Manchmal muss man dafür neue Lösungen suchen:

Weil man alte Häuser oder Orte nicht so leicht um-bauen kann.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Experten und Expertinnen beraten zu Möglichkeiten für mehr
Barriere-Freiheit.



2. Es wird eine Datenbank geben.

Darin steht:

Diese Denkmäler und Erinnerungs-Orte sind barriere-frei.

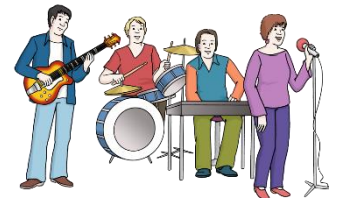
Man findet sie gut.

Man braucht für einen Besuch keine Hilfe.

Thema: Barriere-Freiheit und Inklusion in Kultur-Einrichtungen

Es soll mehr Besucher und Besucherinnen mit Behinderungen geben

- Im Museum.
- Im Theater.
- Im Konzert.
- An anderen Kultur-Orten.



In Kultur-Einrichtungen soll immer ein bestimmter Bereich für Menschen im Rollstuhl frei-bleiben.

Es soll in allen Zuschauer-Bereichen Plätze für Menschen im Rollstuhl geben.

Man soll von diesen Plätzen ohne Probleme hören und sehen können.

Begleit-Personen von Menschen im Rollstuhl sollen weniger Eintritt

bezahlen.

Auf der Internet-Seite von einer Kultur-Einrichtung kann man:

- Ein Rollstuhl-Ticket kaufen.
- Einen Führ-Hund anmelden.



Angebote für Menschen mit Behinderungen soll man leicht finden.

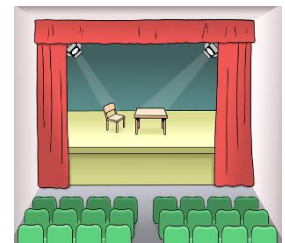
Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können informieren und helfen.

Die Berliner Bühnen sollen mehr Audiodeskription haben.

Das sind Beschreibungen für Menschen mit Seh-Behinderungen.

Dann weiß man:

So sieht es auf einer Bühne aus.



Im Internet sollen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe ausprobiert werden.

Kultur-Einrichtungen sollen überlegen:

- So öffnen wir uns für Menschen mit Behinderungen.

Wir denken auch an:

- Menschen mit Autismus.
 - Menschen mit seelischen Krankheiten.
 - Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
- Diese Künstler und Künstlerinnen mit Behinderungen treten bei uns auf.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Ein Büro macht Schulungen zu Barriere-Freiheit und Inklusion.
2. Das Büro hilft anderen Kultur-Einrichtungen in Berlin:
So können im Bereich Kunst und Kultur Menschen mit und ohne Behinderungen gut zusammen-arbeiten.

3. Die Arbeits-Gemeinschaft Kultur barriere-frei hat aufgeschrieben:

So kann man die Barriere-Freiheit verbessern.

Diese Infos werden geprüft.

Dann werden Verbesserungen gemacht.

4. Inklusive Theater werden gefördert.

Dort spielen Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen.

Das sind zum Beispiel:

- Theater RambaZamba
- Theater Thikwa.

5. Es soll mehr Angebote für blinde Menschen und Menschen mit Seh-Behinderungen geben.

Zum Beispiel:

- Bücher.



- Hör-Filme.

Dafür wird mehr Geld eingeplant.

Thema: Barriere-Freiheit und Inklusion für die Kunst

Künstler und Künstlerinnen mit Behinderungen sollen stark gemacht werden:

Einrichtungen in Kunst und Kultur sollen offen sein für Kinder,

Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderungen.

Man soll Kultur-Angebote gut finden und erreichen.

Man soll sie ohne Hilfe nutzen können.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Es muss mehr Wissen darüber geben.

So müssen Kultur-Angebote für Menschen mit Behinderungen sein:

Damit sie die Angebote gut benutzen können.

Das ist wichtig für Angebote, die zur Stadt Berlin gehören.

Das ist auch wichtig für alle anderen Angebote.

2. Es gibt mehr Förder-Geld für Künstler und Künstlerinnen mit Behinderungen.

Info-Veranstaltungen zu Förderungen sollen barriere-frei sein.

Frage-Bogen

~~~~~ ?

~~~~~ ▶ 😊 😐 😞

~~~~~ ?

~~~~~ ?

~~~~~ ?

~~~~~ ?

~~~~~ ?

~~~~~ ?

~~~~~

3. Es wird daran gearbeitet:

Menschen mit Behinderungen kommen ohne Hilfe zu Berliner Clubs und Konzerten.



4. Die Zusammen-Arbeit mit Projektfonds Kulturelle Bildung geht weiter.

Das ist ein Programm für Barriere-Freiheit und Inklusion in Kunst und Kultur.

Dazu gehört zum Beispiel:

- Übersetzungen bei Veranstaltungen.
- Zusammen-Arbeit mit Interessen-Gruppen.
- Möglichkeiten für barriere-freie Anträge.



5. Es werden Projekte gefördert:

Wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderungen mit-machen.

6. Die Inklusion an den Berliner Musik-Schulen wird gefördert.

Es gibt Schulungen zu Barriere-Freiheit und Inklusion für Lehrer und Lehrerinnen.



Es wird geprüft:

Diese Barrieren gibt es.

So kann man sie ab-bauen.

7. Über alle barriere-freien Angebote wird informiert.

## Handlungs-Feld 9: Wohnen und Sozial-Raum

Menschen mit Behinderungen sollen selbst-bestimmt leben.

Sie sollen selbst über ihr Leben entscheiden.

Dafür brauchen sie Wohnungen, die zu ihrem Leben passen.

Dafür brauchen Menschen mit Behinderungen:

- Barriere-freie Wohn-Angebote.
- Bezahlbare Wohn-Angebote.

Berlin muss sich um diese Wohn-Angebote kümmern.

Thema: Privater Wohnungs-Bau

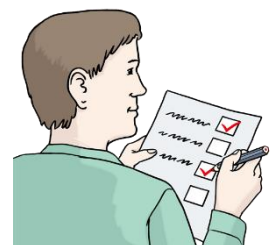
In Berlin soll es mehr barriere-freie Wohnungen geben.

Dabei müssen die Regeln für Barriere-Freiheit beachtet werden.

Ab dem 1. Januar 2020 muss die Hälfte von allen Wohnungen in Berlin barriere-frei sein.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Es sollen mehr private Wohnungen gebaut werden.
2. Bis 2025 wird geprüft:



So sind die Regeln beim Bauen.

Diese Daten gibt es:

Wenn der Bau von barriere-freien Wohnungen genehmigt wurde.

Thema: Förderung von Wohn-Raum

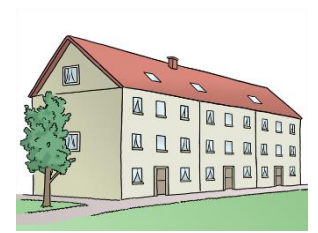
Es sollen mehr barriere-freie Wohnungen gebaut werden.

Diese Wohnungen sollen zu den Wünschen von

Menschen mit Behinderungen passen.

Der Bau von diesen Wohnungen soll gefördert werden.

Dafür gibt es die Wohn-Raum-Förderung.



Es wird geprüft:

- So hat die Wohn-Raum-Förderung geholfen:
- Beim Bauen von mehr barriere-freien Wohnungen.
- Diese Regeln sind wichtig.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Bis 2025 soll es genug barriere-freie Wohnungen geben.
2. Es gibt Förder-Geld für Wohnungen:  
Wenn Menschen im Rollstuhl dort gut wohnen können.



### 3. Es gibt Förder-Geld:

Damit Wohnungen um-gebaut werden.

Damit Wohnungen nach dem Umbau barriere-frei sind.



Thema: Barriere-freier Austausch

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Teilhabe und Mit-Bestimmung.

Dafür müssen sie alle Infos bekommen und verstehen.

Deshalb ist Barriere-Freiheit im Austausch wichtig.

Das bedeutet:

Ämter und Behörden brauchen Barriere-Freiheit beim Austausch.

Zum Beispiel bei Veranstaltungen zum Thema Wohnen und Bauen.

Dazu gehören:

- Dolmetschen in Gebärden-Sprache.
- Infos in Leichter Sprache.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Die Barriere-Freiheit in der Büro-Technik wird überprüft.  
Damit man Computer-Programme besser benutzen kann.  
Damit man Genehmigungen und Papiere für Baustellen im Computer ausfüllen kann.
2. Es soll mehr Infos in einfacher Sprache geben.

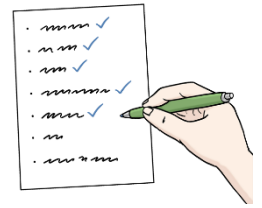


3. Infos und Angebote im Internet sollen barriere-frei sein.
4. Veranstaltungen sollen barriere-frei sein.

Es soll Checklisten geben.

Damit man weiß:

So können Menschen mit Behinderungen gut teilnehmen.



Thema: Barriere-Freiheit in Berlin

Berlin soll barriere-frei sein.

Damit alle Menschen gut und selbst-bestimmt in Berlin leben können.

Damit alle Besucher und Besucherinnen von Berlin gut zurecht-kommen.

Die Barriere-Freiheit soll in Zukunft mehr beachtet werden:

Wenn Stadt-Teile oder Häuser um-gebaut werden.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

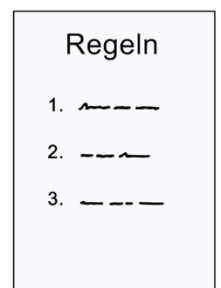
1. Es gibt ein Info-Heft mit Regeln für die Barriere-Freiheit.

Diese Regeln werden beachtet:

Wenn gebaut wird.

Wenn Berlin für die Bau-Arbeiten verantwortlich ist.

2. Das Amt für Bauen und Wohnen nimmt Kontakt auf:





- Mit den Universitäten in Berlin.
- Mit der Wissenschafts-Abteilung in der Regierung.

Es soll mehr zusammen-gearbeitet werden.

Zum Beispiel bei:

- Schulungen.
- Vorträgen.



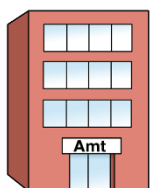
Die Ergebnisse von der Zusammen-Arbeit bekommt auch der  
Runde Tisch barriere-freie Stadt.

Das ist eine Arbeits-Gruppe.

Sie tauscht sich aus zum Thema Barriere-Freiheit in Berlin.

3. Barriere-Freiheit wird ein Thema in der  
Ausbildung von Fach-Leuten für Bauen.
4. In der Berliner Regierung arbeiten diese beiden Ämter  
zusammen:

- Amt für Wohnen und Bauen.
- Amt für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung.



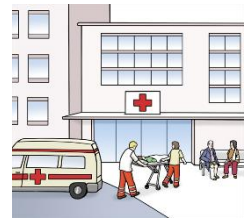
Sie tauschen sich zu Barriere-Freiheit aus.

Die Fach-Leute in der Medizin wissen:

Diese Hilfen sind für Menschen mit Behinderungen wichtig.

Diese Hilfen gibt es:

- In Kranken-Häusern.
- Beim Arzt.



Die Fach-Leute für Bauen wissen:

So kann man beim Bauen gut auf Hilfen für Menschen mit Behinderungen achten.

5. Es gibt Förder-Geld:

Damit alte Häuser um-gebaut werden können.

Damit alte Häuser barriere-frei werden.



## Handlungs-Feld 10: Rehabilitation und Teilhabe

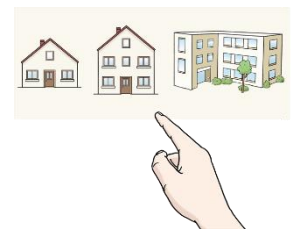
Thema: Wohnen

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Selbst-Bestimmung.

Sie entscheiden selbst:

- Dort lebe ich.
- Mit diesen Menschen lebe ich zusammen.



Menschen mit Behinderungen müssen nicht in Heimen oder Einrichtungen leben.

Sie haben das Recht auf ein Leben in einer Gemeinschaft.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf persönliche Assistenz:

Wenn sie diese Hilfe für das Leben in einer Gemeinschaft brauchen.



Für ein selbst-bestimmtes Leben muss es neue Wohn-Angebote geben.

Junge Menschen mit und ohne Behinderungen sollen in Wohn-Gemeinschaften leben.

Sie sollen sich gegenseitig helfen:

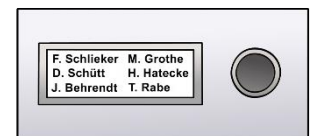
Wenn man sich von den Eltern trennt.

Weil man ein eigenes Leben führt.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

Bis 2025 soll es eine inklusive Wohn-Gemeinschaft für junge

Menschen mit und ohne Behinderungen geben.



Thema: Schutz vor Gewalt

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf ein freies und sicheres Leben.

Berlin muss Menschen mit Behinderung schützen vor:

- Gewalt.
- Ausgrenzung.

Zum Schutz vor Gewalt gehört auch das Wissen darüber:

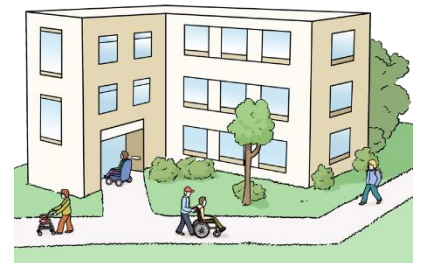
- Das ist Gewalt.
- Das ist Ausgrenzung.
- So kann man sich davor schützen.
- Das kann man machen:

Wenn man Gewalt oder Ausgrenzung erlebt hat.

In Wohn-Einrichtungen soll es mehr Schutz vor Gewalt geben.

Es soll Regeln dafür geben:

- Das macht man als Schutz vor Gewalt.
- Das macht man:  
Wenn es vielleicht Gewalt gibt.  
Aber wenn man das nicht genau weiß.



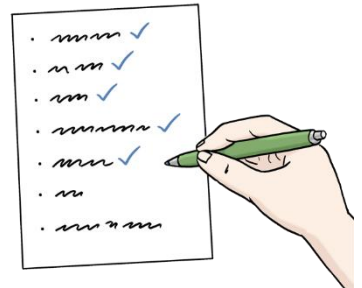
Ein Büro berät Einrichtungen und Werkstätten zum Schutz vor Gewalt.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Alle Wohn-Angebote für Menschen mit Behinderungen sollen bis 2025 einen Plan zum Schutz vor Gewalt haben.

2. Die Arbeit vom Beratungs-Büro für Einrichtungen und Werkstätten wird geprüft:

- Das ist gut.
- Das ist noch nicht so gut.
- Das muss besser werden.



Thema: Stadt-Teil-Zentren Inklusiv

Stadt-Teil-Zentren Inklusiv ist ein Projekt.

Darin geht es um Begegnungen von Menschen in ihren Stadt-Teilen.

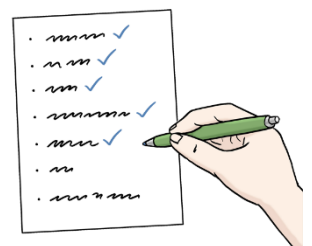
Es geht auch um das Kennen-Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen.

Das Projekt geht weiter bis 2023.

Die Stadt-Teil-Zentren sind offen für alle.

Man muss immer wieder prüfen:

- Es ist alles barriere-frei.
- Alle können die Angebote gut nutzen.
- Es gibt Begegnungen zwischen verschiedenen Menschen.



Es soll regelmäßige Treffen geben.

Dabei wird darüber gesprochen:

- Das ist gut.
- Das ist nicht so gut.
- Das muss besser werden.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Die Barriere-Freiheit wird verbessert in:

20 Nachbarschafts-Häusern und Stadt-Teil-Zentren.

Damit man besser in die Häuser hinein-kommt.

Und damit es mehr Technik für Barriere-Freiheit gibt.



2. Die Stadt-Teil-Zentren haben:

- Barriere-freie Infos.
- Barriere-freie Möglichkeiten zum Austausch.
- Inklusive Veranstaltungen und Angebote.

Dadurch sind sie offen für alle.

Es gibt Schulungen und Beratung zu Inklusion und Assistenz.



3. Inklusion ist eine Aufgabe von allen Stadt-Teil-Zentren.

Einige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden zu Experten und Expertinnen für dieses Thema.

4. Die Barriere-Freiheit von einem Stadt-Teil-Zentrum wird

regelmäßig überprüft in den Bereichen:

- Hören.

- Sehen.
- Lernen.
- Bewegung.

5. Vertretungen von Stadt-Teil-Zentren tauschen sich im Netzwerk aus.

Und sie reden mit Politikern und Politikerinnen aus ihren Stadt-Teilen.



6. Es gibt ein Netzwerk von ähnlichen Projekten und Angeboten.

So kann man rat-suchenden Personen eine passende Beratung empfehlen:

Wenn man selbst zu wenig Infos zu einem Thema hat.

Es gibt unter anderem Beratungen für:

- Menschen mit Behinderungen.
- Ihre Angehörigen.
- Betreuungs-Personen.



7. Das Sozial-Amt sucht Lösungen dafür:

So können die Regeln aus dem Bundes-Teilhabe-Gesetz beachtet werden.

Alle Projekte und Gruppen treffen sich regelmäßig zum Austausch

Gemeinsam sucht man nach guten Lösungen.



## Thema: Teilhabe und Eingliederungs-Hilfe

Alle Menschen haben das Recht auf gleich gute Teilhabe in allen Lebens-Bereichen.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Eingliederungs-Hilfe.

Das sind Hilfen:

Damit Menschen mit Behinderungen etwas gut mit-machen können.

Menschen mit Behinderungen sollen Hilfen bekommen, die zu ihrem Leben passen.

Menschen mit Behinderungen entscheiden selbst:

- So will ich leben.
- So will ich wohnen.

Es muss mehr Wohn-Angebote geben.

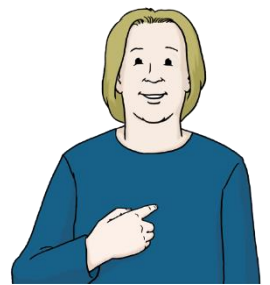
Im Moment gibt es zu wenige.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Hilfen sollen die Teilhabe in Zukunft verbessern.

Vor allem wenn es um Hilfen und Assistenz für Menschen mit Behinderungen geht.

Es wird geprüft:





- Das klappt gut.
- Das klappt nicht so gut.
- Das muss besser werden.

2. Bis 2025 gibt es eine inklusive Wohn-Gemeinschaft in Berlin.
3. Das Amt prüft:

So viel Teilhabe-Bedarf gibt es für eine Person mit Behinderungen.

Dabei gelten die internationalen Regeln für Behinderung und Gesundheit.

Die Abkürzung für diese Regeln ist ICF.

Das ist eine Info-Sammlung.

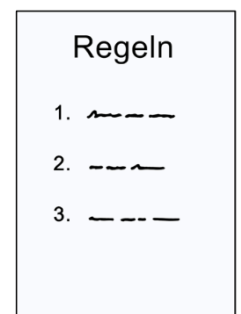
Darin steht:

- So arbeitet der menschliche Körper.
- Das ist eine Behinderung.
- Das bedeutet Gesundheit.

Ab 2021 gibt es eine neue Anleitung für Berlin:

Damit man passende Teilhabe-Hilfen für eine Person mit Behinderungen findet.

Diese Anleitung heißt Teilhabe-Instrument Berlin.



Thema: Geflüchtete Menschen mit Behinderungen

Geflüchtete Menschen sind Menschen aus verschiedenen Ländern.

Sie haben ihr Zuhause verlassen:

Weil sie dort nicht mehr leben konnten.



Wenn geflüchtete Menschen mit Behinderungen nach Berlin kommen:

Dann bekommen sie Hilfe in diesem Büro:

Berliner Zentrum für ein selbstbestimmtes Leben.

Dort bekommen sie Beratung und Hilfe:

Damit sie in Berlin bleiben können.

Die Berater und Beraterinnen erklären:

Diese Rechte haben Menschen mit Behinderungen in Deutschland.

Sie helfen:

Wenn man die Behinderung feststellen muss.

Sie helfen auch bei der Suche nach:

- Ärzten.
- Fach-Leuten.
- Einer Kita.
- Einer Schule.



Geflüchtete Menschen mit Behinderungen sollen in allen Lebens-Bereichen gleich gut teilhaben.

Auch wenn sie noch nicht so gut Deutsch sprechen.

Auch wenn sie sich noch nicht so gut auskennen.

Deshalb sollen die Berater und Beraterinnen zu den Menschen kommen.

Es soll Möglichkeiten zum Austausch geben.

So können die Menschen von-einander lernen.



Die Regierung muss verstehen:

- Das ist für geflüchtete Menschen mit Behinderungen wichtig.
- Das brauchen die Menschen.

Wenn die Regierung das weiß:

Dann kann sie besser arbeiten.

Sie kann Sachen einfacher machen.

Zum Beispiel Anträge.

Dann brauchen die Menschen nicht so viel Hilfe.



Geflüchtete Menschen mit Behinderungen sollen Deutsch lernen.

Sie brauchen Kurse, in denen sie gut lernen können.

Es gibt schon Kurse für blinde geflüchtete Menschen mit Behinderungen.

Es soll einen Kurs geben für gehörlose geflüchtete Menschen mit



Behinderungen.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Hilfe bei Anträgen, wenn man in Deutschland bleiben will.

Die Regierung fördert das Berliner Zentrum für ein selbstbestimmtes Leben mit Geld.



2. Die Regierung hilft:

Damit geflüchtete Menschen mit Behinderungen Hilfe bekommen und teilhaben können.

Zum Beispiel mit:

- Beratung und Hilfe bei Anträgen.
- Freizeit-Angeboten für junge Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
- Schulungen von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Ämtern.  
Damit sie wissen:  
Das ist wichtig für geflüchtete Menschen mit Behinderungen.
- Hilfe für Selbst-Vertretungen von geflüchteten Menschen mit Behinderungen.
- Hilfe durch Beratungen vor Ort bei den Menschen.
- Aufbau von einem Treffpunkt.
- Hilfe beim Gründen von Selbst-Hilfe-Gruppen.  
Sie helfen Angehörigen von Menschen mit Behinderungen.



Sie bieten Hilfe und Beratung in der Muttersprache von den geflüchteten Menschen an.

3. Deutsch-Kurse für geflüchtete Menschen mit Behinderungen.

Es gab 2020 einen Deutsch-Kurs für blinde Menschen.

Ab 2021 gibt es Deutsch-Kurse für gehörlose Menschen.

Diese Kurse bezahlt das Land Berlin.



## Handlungs-Feld 11: Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

Thema: Kranken-Häuser

Im UN-Vertrag steht:

Alle Menschen haben das Recht auf medizinische Versorgung.

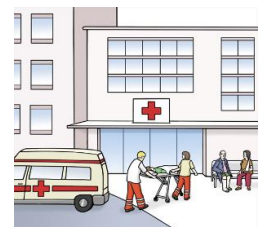
Kranken-Häuser bieten diese medizinische Versorgung.

Zusammen mit den Kranken-Häusern in Berlin prüft die Regierung:

So wird der Zugang zu medizinischer Versorgung verbessert.

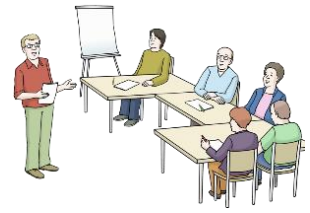
Das muss man an den Regeln ändern.

Damit die medizinische Versorgung für alle Menschen gleich gut ist.



Für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Medizin sind Schulungen wichtig.

Damit sie wissen:



- Das brauchen Menschen mit Behinderungen.
- Das ist wichtig für Menschen mit Behinderungen.

Es wird geprüft:

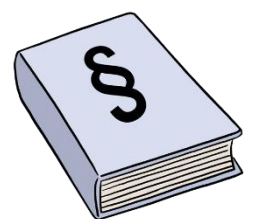
- Diese Schulungen gibt es in Berliner Kranken-Häusern.
- Diese Infos gibt es zu dem Thema.

Die Regierung hilft den Kranken-Häusern:

Wenn mehr Schulungen und Infos gebraucht werden.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Das Gesetz für die Berliner Kranken-Häuser wird geprüft:  
Muss man die Regeln ändern.  
Damit die medizinische Versorgung für alle Menschen gleich gut ist.
2. Es gibt Schulungen und Info-Hefte für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Berliner Kranken-Häusern zum Thema:  
Medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen.



Thema: Medizinische Versorgung beim Arzt

Menschen mit Behinderungen dürfen bei der medizinischen Versorgung nicht ausgeschlossen werden:

Weil sie eine Behinderung haben.

Sie haben das Recht auf Untersuchungen bei Fach-Leuten zur Männer-Gesundheit und zur Frauen-Gesundheit.



Ärzte-Häuser in Berlin sollen barriere-frei sein:

Damit Menschen mit Behinderungen nicht ausgeschlossen sind von der medizinischen Versorgung.

Es soll mehr Haus-Besuche für Menschen mit Behinderungen geben.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

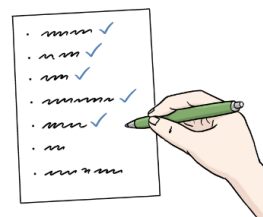
1. Die Regierung prüft:

Beachten die Ärzte und Ärztinnen die Regeln für Barriere-Freiheit und Infos für Menschen mit Behinderungen.

2. Die Regierung und die Ärzte und Ärztinnen prüfen gemeinsam:

So kann man mehr Haus-Besuche bei Menschen mit Behinderungen machen.

Vielleicht können medizinische Fach-Leute Haus-Besuche machen.



Thema: Medizinische Rehabilitation

Rehabilitation bedeutet Wieder-Eingliederung.

Man macht etwas wieder so wie vor einem Unfall.

Oder wie vor einer langen Krankheit.

Medizinische Rehabilitation bedeutet:

Menschen mit Behinderungen bekommen Hilfe:

Damit sie mit der Behinderung selbst-bestimmt leben können.

In Berlin soll es mehr Möglichkeiten dafür geben.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

Es gibt Gespräche mit dem Land Brandenburg über eine

Zusammen-Arbeit in diesem Bereich.



Thema: Seelische Gesundheit

Wenn Menschen wegen einer seelischen Krankheit Hilfe brauchen:

Dann soll es diese Hilfe als erstes außerhalb von einem Krankenhaus geben.

Menschen mit seelischen Krankheiten sollen nicht gegen ihren Willen eine Behandlung machen.

Zum Beispiel:

Sie werden fest-gebunden:

Die Rechte von Patienten und Patientinnen werden beachtet.





Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Bis 2025 gibt es mehr Möglichkeiten für Behandlungen außerhalb von Krankenhäusern oder bestimmten Bereichen von Krankenhäusern.

Diese bestimmten Bereiche sind Abteilungen für Menschen mit seelischen Erkrankungen.

2. Bis 2025 gibt es in Berlin mehr Sorteria-Stationen.

Das ist eine Behandlungsmöglichkeit für Menschen in seelischen Krisen.

Dabei werden wenige Medikamente benutzt.

Die Umgebung ist ruhig und wohnlich.

3. Bis 2025 arbeiten Menschen mit seelischen Krankheiten mit in den Stationen.

Sie wissen sehr gut:

So geht es den Patienten und Patientinnen.

Sie können ihnen helfen.

4. Bis 2025 wird das Gesetz für

Menschen mit seelischen Krankheiten geprüft:

Das sind gute Hilfen.

So kann man vermeiden:

Patienten oder Patientinnen müssen gegen ihren Willen eine Behandlung machen.

Oder sie müssen in ein Krankenhaus für Menschen mit



seelischen Krankheiten.

Nach dieser Prüfung soll das Gesetz neu geschrieben werden.

Thema: Pflege

Die Pflege-Angebote in Berlin sollen offen sein für Menschen mit Behinderungen.

Dafür ist wichtig:

Menschen mit Behinderungen oder ihre Selbstvertretungen sind dabei:

- Wenn Pflege-Angebote geplant werden.
- Wenn überlegt wird:

Diese Barrieren gibt es.

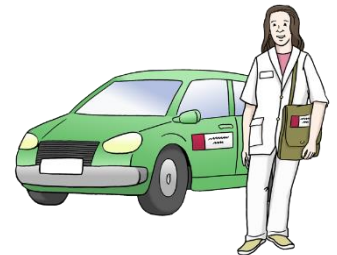
Das sind gute Hilfen.

Das ist wichtig für gute Beratung und Austausch.

So kann man Infos gut verstehen.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Beratung und Pflege-Angebote werden barriere-frei.



2. Seit 2020 sind Info-Stellen zum Thema Pflege barriere-frei.  
Neue Infos sind barriere-frei.
3. Bis Ende 2021 gibt es das Heft **Gut altern in Berlin** in Leichter Sprache.
4. Die Arbeits-Gruppe Pflege 4.0 überlegt sich gute Lösungen im Internet und mit dem Computer zum Thema Pflege.



Zum Beispiel:

Barriere-freie Infos über mehr Teilhabe und Selbst-Bestimmung.

Und wie das Internet dabei helfen kann.

Menschen mit Behinderungen und Pflege-Bedarf oder ihre Vertretungen reden in dieser Arbeits-Gruppe mit.

Thema: Frauen und Mädchen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Lernen und Wissen.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen werden oft aus mehreren Gründen ausgegrenzt:

- Weil sie Frauen und Mädchen sind.
- Weil sie eine Behinderung haben.



Die Abteilung Frauen in der Berliner Regierung hilft dabei:  
Schülerinnen mit Behinderungen können am Girls Day teilnehmen.  
An diesem Tag können Schülerinnen einen Beruf ausprobieren.  
Dafür gehen sie in Firmen und Betriebe.  
Dort arbeiten sie einen Tag lang.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:  
Der Girls Day wird barriere-frei.



Thema: Gewalt-Schutz

Menschen mit Behinderungen sollen geschützt sein vor:

- Gewalt.
- Ausgrenzung.
- Schlechter Behandlung.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sollen besonders geschützt werden.

Denn sie werden oft aus mehreren Gründen ausgegrenzt:

- Weil sie Frauen und Mädchen sind.
- Weil sie eine Behinderung haben.



Es soll in den nächsten Jahren mehr barriere-freie Angebote zum Schutz vor Gewalt geben.

Vor allem für Frauen und Mädchen mit Behinderungen.

Frauen-Häuser sollen umgebaut werden:

Damit sie von Rollstuhl-Fahrerinnen genutzt werden können.

Frauen-Häuser sind Schutz-Häuser für Frauen:

- Wenn sie von Gewalt bedroht sind.
- Wenn sie zu Hause nicht sicher sind.

Infos zu Hilfe-Angeboten sollen barriere-frei sein.

Damit Frauen mit Behinderungen mehr über die Hilfen wissen.

In Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen soll es mehr Schutz vor Gewalt geben.

Alle Einrichtungen müssen für Gewalt-Schutz sorgen.

Dafür sollen sie zusammen-arbeiten mit:

- Frauen-Beauftragten in den Werkstätten.
- Hilfe-Angeboten für Frauen, die Gewalt erlebt haben.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Es soll mehr barriere-freie Schutz-Plätze für Frauen mit Behinderungen geben.



2. Es gibt mehr barriere-freie Infos über:

- Frauen-Rechte.
- Hilfen für Frauen.



3. Es gibt ein Netzwerk von den Frauen-Beauftragten in den Werkstätten.

## Handlungs-Feld 12: Justiz, Verbraucher-Schutz und Schutz vor Ausgrenzung

Thema: Verbraucher-Schutz

Jeder Mensch hat das Recht auf ein gutes Leben mit:

- Gesunder Ernährung.
- Einer Wohnung, die zum Leben passt.

Menschen mit Behinderungen sollen gesund leben können.

Sie sollen selbstständig leben.

Sie sollen selbst über ihr Leben bestimmen.

Sie sollen sich gesund ernähren können.

Sie sollen sich gute und gesunde Lebensmittel kaufen können.

Infos über Lebensmittel sollen barriere-frei sein.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Die Ernährung in Einrichtungen soll gesund sein.  
Darauf wird bei Ernährungs-Plänen geachtet.  
Es gibt mehr Infos über gesunde Lebensmittel.
2. Im Pflege-Bereich wird mehr auf gesunde Ernährung geachtet.  
Es gibt mehr Infos zu dem Thema.  
Pflege-Einrichtungen arbeiten mit der Abteilung Gesundheit  
und Pflege von der Berliner Regierung zusammen.

Thema: Schutz vor Ausgrenzung

Vor Gericht sind alle Menschen gleich.

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Schutz vor  
Ausgrenzung.

Niemand darf ausgegrenzt werden.

Alle Menschen haben die gleichen Rechte und Möglichkeiten.

Barrieren müssen ab-gebaut werden.

Alle müssen mehr wissen darüber:

- Das ist wichtig für Menschen mit Behinderungen.
- So leben Menschen mit Behinderungen.
- Das sind die Rechte von Menschen mit Behinderungen.



Menschen mit Behinderungen haben die Möglichkeit zur Teilhabe:

Wenn sie Zugang zu allen Infos bekommen.

Rechte von Menschen mit Behinderungen sollen beachtet werden.

Die Angebote von der LSBTI sollen inklusiv sein.

Das ist eine Abkürzung.

Aus den Anfangs-Buchstaben für diese Wörter:

- Lesben.

Damit sind Frauen gemeint.

Sie lieben Frauen.



- Schwule.

Damit sind Männer gemeint.

Sie lieben Männer.



- Bi-Sexuelle.

Bi bedeutet 2.

Bi-sexuell bedeutet:

Jemand liebt Menschen von 2 Geschlechtern.

Zum Beispiel:

Ein Mann liebt Frauen.

Und er liebt auch Männer.

Oder.

Eine Frau liebt Männer.



Und sie liebt auch Frauen.

Das muss nicht zur gleichen Zeit sein.

- Trans-Geschlechtliche.

Viele sagen auch: Trans-Sexuelle.

Wenn jemand bei der Geburt als Mädchen eingeordnet wurde.

Und alle denken:

Das ist ein Mädchen.

Und das Kind hat später gemerkt:

Ich bin gar kein Mädchen.

Ich bin ein Junge.

Oder:

Ich bin dazwischen.

Oder:

Wenn jemand bei der Geburt als Junge eingeordnet wurde.

Und alle denken:

Das ist ein Junge.

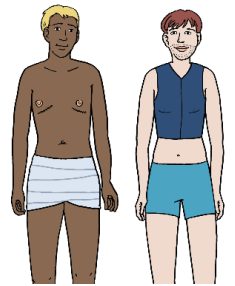
Und das Kind hat später gemerkt:

Ich bin gar kein Junge.

Ich bin ein Mädchen.

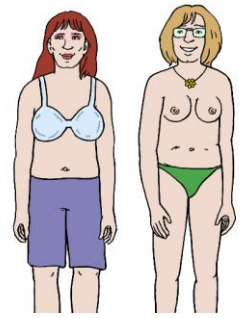
Oder:

Ich bin dazwischen.



Diese Person kann später ihren Körper verändern.

Damit er zu dem Leben von dieser Person passt.  
Die Person kann ihren Körper aber auch so lassen.  
Weil der Körper zum Leben passt.  
Das kurze Wort dafür ist Trans.



- Inter-Sexuelle.

Das sind Menschen zwischen 2 Geschlechtern.  
Sie haben Merkmale von beiden Geschlechtern.  
Merkmale von einem Mann.  
Und Merkmale von einer Frau.  
Das kurze Wort dafür ist Inter.

Mit der Abkürzung LSBTI sind all diese Personen gemeint.

Das will die Berliner Regierung machen:

1. Das Landes-Anti-Diskriminierungs-Gesetz soll beachtet werden.  
Dieses Gesetz hilft beim Schutz vor Ausgrenzung.
2. Vielfalt und Respekt für alle Menschen sollen wichtige Regeln im Zusammen-Leben sein.



Dafür gibt es ein Landes-Programm zur Förderung von Vielfalt.

Vielfalt bedeutet:

Viele verschiedene Menschen leben zusammen.



Alle haben die gleichen Rechte.

Alle sind gleich wichtig.

3. Die Inklusion in der LSBTI-Gemeinschaft wird verbessert.

Dafür macht die Regierung ein Programm.

Darin geht es darum:

Das ist wichtig für Menschen mit Behinderungen in der LSBTI-Gemeinschaft.

Das bedeutet Inklusion in der LSBTI-Gemeinschaft.

4. Es wird ein Prüf-Zeichen für Inklusion geben.

Es heißt:

Qualitäts-Siegel Inklusion.

An diesem Zeichen erkennt man:

Dieses Projekt oder dieses Angebot ist inklusiv.

Dabei geht es um Projekte und Angebote von der LSBTI-Gemeinschaft.

5. Es soll mehr Hilfe und Beratung für Menschen mit

Behinderungen geben:

Damit sie vor Ausgrenzung geschützt sind.

Damit sie sich gegen Ausgrenzung wehren können.

6. Es soll mehr barriere-freie Infos zum Schutz vor Ausgrenzung geben.

Zum Beispiel Infos in:

- Leichter Sprache.



- Deutscher Gebärden-Sprache.

Hilfe-Angebote soll es in Leichter Sprache geben.

Und in Gebärden-Sprache.

Thema: Zugang zu Recht und Gericht

Alle Menschen sind gleich vor Gericht.

Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht:

Wenn sie vor Gericht für ihre Rechte kämpfen.

Sie haben das Recht auf Zugang zu den Gerichten.

Sie haben das Recht auf Infos und barriere-freien Austausch.

Sie sollen vor Ausgrenzung geschützt sein.

Sie sind gleich viel wert wie alle Menschen.

Sie haben ein Recht auf Arbeit.

Sie haben ein Recht auf Lernen.



Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Jedes Gericht muss barriere-frei sein.

Die Räume müssen barriere-frei sein.

Es muss Park-Plätze für Menschen mit Behinderungen geben.

2. Texte zum Thema Recht müssen verständlich sein.

Sie müssen in Leichte Sprache übersetzt werden.

Die Text-Dokumente müssen barriere-frei sein.



3. Gefängnisse müssen barriere-frei sein.
4. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei Gericht und in Rechts-Abteilungen müssen wissen:  
Das ist für Menschen mit Behinderungen wichtig.
5. Es sollen mehr Menschen mit Behinderungen an Gerichten arbeiten.

Mehr Menschen mit Behinderungen sollen wissen:

- Diese Berufe gibt es im Bereich Recht.
- So macht man eine Ausbildung bei Gericht.

6. Menschen mit Behinderungen sollen bessere Möglichkeiten zum Prüfen bekommen:

Wenn es um den Ausgleich von Nachteilen geht.

Weil man eine Behinderung hat.

7. Es soll mehr Schulungen für Fach-Leute im Bereich Recht geben.

In den Schulungen soll es um diese Themen gehen:

- Wissen über Krankheit und Behinderungen.
- Umgang mit Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen.



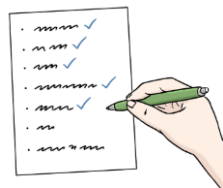
Thema: Gewalt-Schutz im Gefängnis

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt.

Auch wenn sie wegen einer Strafe in ein Gefängnis müssen.

Menschen mit Behinderungen müssen im Gefängnis sicher sein vor:

- Körperlicher Gewalt.
- Seelischer Gewalt.



Es wird regelmäßig geprüft:

So gut ist der Gewalt-Schutz im Gefängnis.

Die Regeln zum Schutz von möglichen Gewalt-Opfern werden verbessert.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Es soll Empfehlungen geben.

Darin steht:

Das kann man machen:

Damit es im Gefängnis weniger Gewalt gibt.

2. Es wird ein Plan gemacht.

Darin steht:

So kann man mögliche Gewalt-Opfer besser schützen.

3. Infos zum Thema Schutz vor Gewalt im Gefängnis werden geprüft.

Die Infos helfen beim Überlegen:

So kann man den Schutz vor Gewalt verbessern.

## Handlungs-Feld 13: Hochschulen

Hochschulen sind Universitäten und ähnliche Einrichtungen zum Lernen.

Dort kann man nach der Schule studieren.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf ein Studium.

Sie haben das Recht auf Zugang zu den Hochschulen.

Sie haben das Recht auf einen Platz im Wohn-Heim für Studenten und Studentinnen.

Wohn-Heim-Plätze sollen barriere-frei sein.

Die Hochschulen arbeiten daran:

Die Barriere-Freiheit wird verbessert.

Das will die Berliner Regierung dafür machen:

1. Es wird geprüft:

So barriere-frei sind die staatlichen Hochschulen.



2. Es gibt Regeln für Hilfen für Studenten und Studentinnen mit Behinderungen.

Sie heißen Integrations-Hilfen.

Über diese Hilfen entscheidet das Studierendenwerk Berlin.

Das ist ein Büro für Studenten und Studentinnen.

Dort bekommen sie Hilfe und Beratung im Studium.



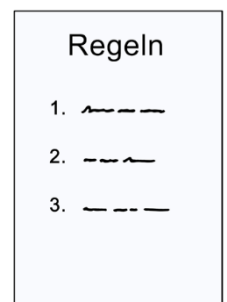
3. Die Gesetze für Hochschulen im Land Berlin sollen geprüft werden.

Es wird geprüft:

Werden die Regeln vom UN-Vertrag beachtet.

Dafür werden die Prüf-Regeln vom

Deutschen Institut für Menschen-Rechte benutzt.



4. Es wird eine Schulung geben zum Thema:

Inklusives Lernen an Hochschulen.

Diese Schulung macht das Berliner Zentrum für

Hochschullehre.



5. Der oder die Beauftragte für die Belange von Studenten und Studentinnen mit Behinderungen und oder bleibenden Krankheiten soll wichtiger werden.

Diese Person soll mehr Möglichkeiten zum

Mit-Reden und Mit-Entscheiden bekommen.

6. Es soll mindesten 5 barriere-freie Wohnungen für Studenten und Studentinnen geben.



7. An der Humboldt-Universität wird ein Projekt gemacht.

Darin geht es darum:

So kann man Studenten und Studentinnen mit Behinderungen  
beim Studieren helfen.

Es soll mehr Beratung geben.

Es soll mehr Hilfen geben.

Die Universität soll inklusiver werden.

Die Universität soll barriere-frei werden.

